



„BUDGETREDE“ FÜR GR-SITZUNG VOM 10. DEZEMBER 2009

Titel: Desastertainment – Schlaflos in (Kloster)New-Burg

Uttl: PUK: Keine Zustimmung zu alarmierendem Schuldenexplosion im Voranschlag 2010

Schuldenpolitik

Mit Ende des nächsten Haushaltsjahres wird die **Verschuldung der Stadtgemeinde auf €66,8 Mio. geklettert** sein. Das ist weit mehr als das ordentliche Budget für das kommende Jahr. Über **€12 Mio. neue Kredite werden aufgenommen** Der Netto-Schuldendienst wird insg. **€3,4 Mio.** betragen!

Während uns **2008 für 2010** im mittelfristiger Finanzplan noch mit einem **Maastricht-Ergebnis von €-2,75 Mio.** gedroht wurde, liegt dieses nun **für 2010 tatsächlich bei satten €-8,5 Mio.** Das sind 11,8% des Gesamthaushalts. **Wir sind bei der Überschuldung angelangt. Sie können sich vorstellen, wie sehr wir den neuen mittelfristigen Prognosen für 2011-2013 Glauben schenken.** Sie sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen.

Und solche Ergebnisse, obwohl auch die allgemeine Ausgleichsrücklage völlig aufgebraucht wurde und die Grunderwerbsrücklage auf 44% der ursprünglichen Höhe reduziert wird. **Es werden aus dem Rücklagentopf insg. €3,43 Mio. entnommen.** Was wird 2011 sein?

Ein Nachtragsvoranschlag kann unter solchen Bedingungen u.E. nicht erfolgen.

Kleiner Blick woanders hin gefällig – denn es geht auch anders: Langenfeld, mitteldeutsche „Mittelstadt“ mit 60.000 Einwohnern hat es unter Bürgermeister Magnus Staehler geschafft, aus eigener Kraft die Totalentschuldung zu erreichen. Der Stadtrat beschloss am Beginn dieses Prozesses einen Schuldenstopp. Die Bevölkerung war tatsächlich bereit, diesen Prozess voll zu unterstützen, trotz anfänglicher Entbehrungen. Nun sind die Steuern so niedrig und die Lebensqualität so hoch wie kaum sonst wo. Eine „Entschuldungsuhr“ zeigte während der Dauer des Budgetsanierungsprozesses, der insg. 14 Jahre in Anspruch nahm, die fallenden Schulden an.

Die Uhr wurde als Leihgabe der Stadt Langenfeld dem Grevenbroicher Bürgermeister weitergegeben. Da dieser Bürgermeister schneller war als die Klosterneuburger Politik, erlaube ich mir symbolisch Herrn Stadtrat Mayer eine solche etwas anders designed-te „Entschuldungsuhr“ namens der PUK zu überreichen (s. Anhang)



Hier wird hingegen Vogel-Strauss-Budgetpolitik betrieben. Der Kopf ist allerdings so lange in den Sand gesteckt worden, dass bereits Blindheit eingetreten ist! Wir sind überzeugt, dass die WählerInnen dieser Realitätsverweigerung eine Absage erteilen werden.

Darstellung des Zahlenwerkes

Ich danke, dass meiner Anregung von vorigem Jahr, im **Summenblatt als Vergleichsbasis die Werte des Nachtragsvoranschlags auszuwerfen, wie im übrigen Konvolut**, nachgekommen wurde. Jetzt ist das Zahlenwerk wenigstens in dieser Hinsicht konsistent.

Meine letztjährige Anregung, die „**Einzel Erläuterungen**“ zu Einzelposten des Budgets vom **Begründungsmüll zu befreien** und die teilweise Willkür der Auswahl der Posten, zu denen Begründungen geliefert werden, durch sinnvolle Kriterien zu ersetzen, wurde erwartungsgemäß nicht entsprochen. Aber dann sollte wenigstens kein Unsinn dort stehen, wie „EURO 2008“ als Bezeichnung für Public Viewing zur Fußball WM 2010 zu wählen. Die Erläuterung, dass Kostenrückersätze von Telefongebühren (2008: €15,-) auf ein bestimmtes Konto gebucht werden ist ziemlich entbehrlich.

Kostensteigerungen als Gewohnheitsrecht?

Gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 2009 – der eine Kostenexplosion von über 5% bedeutet hatte, und den die PUK genauso wenig mitgetragen hatte wie den ursprünglichen Voranschlag 2009 – wird eine moderate Senkung des Gesamtbudgets von 4% ausgewiesen. Gegenüber dem ursprünglichen Voranschlag ist dennoch eine Erhöhung um 0,7% erfolgt. Eigentlich sollte man ja erwarten dürfen, dass versucht wird Budgets nach bestem Wissen und Gewissen einzuhalten. Offenbar ist dies 2009 nicht gelungen, sonst wäre ja eine 5%ige Erhöhung durch einen Nachtragsvoranschlag nicht erforderlich gewesen. Wenn wir diese Geldausgabepolitik ohne kaufmännische Vorsicht wie bisher fortsetzen, dürfen wir jedoch **weiterhin auf einen Kostenausweitungskurs gefasst sein**. Altbürgermeister Schuh hat seinem Nachfolger als Empfehlung mitgegeben, das Budget im Griff zu behalten. Aus unserer Sicht wird das Einfrieren vieler Budgetposten die einzige Möglichkeit darstellen, das zu erreichen. Ohne eine **drastische Kreditsperre** werden wir nicht durchkommen.

Denn auch **einnahmenseitig** sind die Grenzen des Möglichen aus Sicht der PUK bereits erreicht worden, der **Bogen ist bis an die Grenze der Belastbarkeit gespannt**.

Das für GebührenzahlerInnen teure Spielchen mit den marktbestimmten Betrieben – Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Müllbeseitigung – muss wie alle Jahre angeprangert werden: Es werden **Überschüsse** erzielt, abgeschöpft (2010 sind **€1,5 Mio.** vorgesehen), keine Rücklagen gebildet, und dann werden Darlehen aufgenommen, um Investitionen zu finanzieren, deren **Annuitäten** (2010 sind **€2,27 Mio.** vorgesehen) den Gebührenzahlern wieder verrechnet werden.

Einnahmenseitig wird chronisch mehr angesetzt als etwa im Rechnungsabschluss 2008 ausgewiesen. 2010 betragen die geplanten Gebühren für alle 3 marktbestimmten Betriebe insg. knapp €11 Mio. Erzielt wurde aber 2008 um €329.000,- weniger (ca. 3%).

Wir versprechen Ihnen seitens der PUK, dass wir den nächsten Gebührenerhöhungsbescheid, bei dem die BürgerInnen vermehrt zur Kasse gebeten werden, durch alle Instanzen jagen werden! Und da wird es nicht bei „Ergreiferprämien“ für eine Handvoll Berufungen bleiben. Die Raubzüge in den Geldtaschen der BürgerInnen müssen ein Ende finden.

Ein paar unerfreuliche Details

- **Bereich Raumordnung, Stichwort Villa Meran: Schadenersatz an Dritte in anhängigem Verfahren:** es ist zwar niemand Schuld, aber €305.000,- sind im a.o Budget vorgesehen. Bedeckung aus der allgemeinen Ausgleichs-Rücklage. Meine gegenüber der Presse geäußerte Meinung, wir müssten mit ca. €250.000,- Schaden rechnen, erweist sich damit als zu optimistisch. Ersparen Sie mir eine Aufzählung, was man mit 1/3 Mio. Euro alles machen kann.
- Dass das **Personal der Raumordnung der Kostenstelle der Bau- und Feuerpolizei einverleibt wird, ändert am Gesamtpersonalaufkommen nichts**, hat unserer Ansicht nach eine **eigenartige Optik**: die Baupolizei ist unmittelbare Vollzugsbehörde, da sie die Konformität eingereichter Bauanträge zu Raumordnung und Bebauungsplan zu prüfen hat. Jede Vermengung der Kompetenzen lässt das Mehraugenprinzip zur Farce werden.
- **Straßenbau:** wir besitzen auf Gemeindegebiet bereits 165 ha Straßen. Straßenbauten und Umgestaltungen werden im aoVA mit ca. €3,6 Mio. veranschlagt. Im oVA sind Kosten der Erhaltung von Straßen (ohne Radwege, ohne ÖV, inkl Personal, inkl Kreditzinsen, inkl Grundeinlösen) knapp unter €3 Mio. vorgesehen. Die Straßenreinigung wird – Dank sei Maria-Theresia für die Kameralistik – separat als Dienstleistung geführt und kostet €1,58 Mio. **Insgesamt kosten uns Straßen also €8,2 Mio.**
Kann uns irgendwer vorwerfen, dass wir **Straßenbau, ohne gleichwertige Investitionen in andere Mobilitätsarten als das Kfz, als unersättlichen Moloch bezeichnen?**
- Selbst für die angeblich komplett vom Land NÖ bezahlten „Umfahrungsstraße“ werden wir für **zusätzliche Wartung der öffentlichen Beleuchtung** unserer **Tunnelunterführungen** €190.400,- hinlegen – um das Geld kann man bereits ein kleines Haus bauen.
- Offenbar wird das **Ausschreiben von Firmenleistungen** immer komplizierter. An etlichen Stellen sind **Konsulentenhonorare** für Ausschreibungen vorgesehen. Könnte da nicht etwas mehr auf gemeindeinterne Ressourcen zurückgegriffen werden? (z.B. S119 €82.400,- S. 107 €40.000,-.....). Positiv darf in diesem Zusammenhang erwähnt werden, dass Aus- und Weiterbildungskurse vermehrt dotiert werden. Weiterbildung könnte man auch für diese Bereiche nutzen.
- Der seit Jahren der Bevölkerung versprochene **ÖBB-Lärmschutz** liegt auf Eis. Anteilsmäßige €30.000,- sind für Planung im Bereich Wienerstraße vorgesehen. Unseren Informationen nach sind jedoch alle Planungen seitens der ÖBB bereits abgeschlossen. Was erforderlich ist, ist Freigabe und die Sicherstellung der Finanzierung. Es hängt aus unserer Sicht nur von der Gemeinde ab, ob der Startschuss für etwas, was unserer Lärmgeplagten Wohnbevölkerung seit langem versprochen wurde, auch wirklich umzusetzen – und sei es auf Kosten von Straßenbauten.
- Für den **absehbaren Abgang des Happylands**, das uns in den letzten 2 Jahren 1x knapp unter. €1 Mio., 1x knapp unter €1,3 Mio. gekostet hat, ist **nichts budgetiert**, außer €52.000,- für die Erstellung eines Konzepts – genannt „Masterplan“. **Bis etwaige Maßnahmen greifen dürfte das Happyland in den Konkurs geschlittert sein! Das ist Vogel-Strauss-Politik zum Exzess!**
- Einnahmen aus **Besuchergebühren** für die Oper Klosterneuburg in einem Jahr um **27% zu erhöhen** ist hoffentlich nicht nur eine optimistische Annahme, um die Kostenerhöhung für die Produktion von €550.500,- auf €650.000,- darstellen zu können. Wir begrüßen ja kulturelle Aktivitäten, **bedauern aber, dass hier nicht breiter – auch in Richtung Jugendkulturszene – gestreut wird.**

- Die relativ großzügig erscheinende **Dotierung Sozialer Wohlfahrt** von ca. 5% ist **nicht darauf zurückzuführen, dass plötzlich das soziale Gewissen ausgebrochen ist**. $\frac{3}{4}$ der Erhöhungen sind ausschließlich durch gesetzliche Transfers zu erklären.
- Trotz intensiver Durchforstung des Zahlenwerks kann **kein Budgetansatz** für das – nicht nur von uns, sondern auch vom Rechnungshof – schon lange geforderte **Gesamtmobilitäts- bzw. Verkehrskonzept** gefunden werden. Es waren Detektivarbeit und Rückfragen bei der Beamtenschaft erforderlich, um herauszufinden, dass **für ein neues Mobilitäts- und Verkehrskonzept** – trotz Versprechungen, trotz Forderung seitens des Rechnungshofes – **tatsächlich nichts vorgesehen** ist. Wörtliches Zitat aus Anfragebeantwortung:

***Betrifft:** Beantwortung zur Anfrage der Gemeinderatsfraktion PUK, zur Sitzung vom 02.10.2009*

***Gegenstand:** Umsetzungen der Empfehlungen des Rechnungshofes im Bereich der Verkehrsplanung in seinem Bericht über die Stadtgemeinde Kleinstneubühl, Stadtentwicklung und Stadtplanung 2008/10 - Bereich Verkehr*

...Wie schon mehrmals in den Sitzungen des Planungsausschusses besprochen, bei denen Sie auch anwesend waren, soll im Jahr 2010 die Erstellung eines Verkehrskonzeptes beauftragt werden. Basierend auf diesem soll in Folge auch das örtliche Entwicklungskonzept neu überarbeitet werden. Von Beamtenseite wurde ein dementsprechender Betrag im Voranschlag 2010 vorgesehen. . (gez.: BM Dr. Schuh)

Der Verkehrsstadtrat erfährt das vielleicht gerade jetzt. Sowohl ein neues Gesamtverkehrskonzept als die damit verbundene Überarbeitung des Örtlichen Entwicklungskonzepts wird es also demnächst nicht geben. Dass der **Budgetposten ursprünglich beim Bauamt untergebracht worden war, spricht allein Bände**. Es überrascht uns nicht mehr, dass der Posten den Budgetverhandlungen zum Opfer gefallen ist. Damit wird **klar, in welcher Richtung gehandelt** werden wird: **wie bisher mit überholten Konzepten von vor 25 Jahren, mit der Mentalität von vor 50 Jahren, und nach den Wünschen der Bau-Lobby von heute**. Und es wird munter weiter gebaut...

- **Radwege:** uns wäre eine **billigere, weniger „vergoldete“, dafür aber schnellere Umsetzung** lieber. Man darf sich auch nicht blenden lassen von den Zahlen: fast 50% zahlt das Land dazu. Die überwiegende Motivation dieser Bauten ist Tourismus – nicht Alltagsradverkehr.
- €889.000,- ist uns der **öffentliche Verkehr** wert, d.i. **ca. 1/5 des Gesamtaufwandes für Straßenausbau** (Straßendienst nicht gerechnet, dann wären es nur 1/7), auch wenn – in Richtung STR Pitschko gesagt, Busse natürlich auch Straßen verwenden. **Straßenneubau** ist in dieser Rechnung **überhaupt nicht berücksichtigt** – dann wäre der **ÖV-Anteil 1/11**.
- Bei diesem Budget darf es nicht verwundern, dass **kein Cent Rücklagen** gebildet wird, sondern im Gegenteil diese – bis auf eine Grunderwerbs-RL – durchwegs auf Null gestellt werden. **Selbst die Sanierung gemeindeeigener Gebäude** (aktivierbare Ausgaben) **muss kreditfinanziert** werden. Wenigstens das Flugdach für den Recyclinghof wird aus einer Rücklage finanziert (ob dieses allerdings angesichts der prekären Budgetsituation wirklich gebraucht wird sein dahingestellt). **Der Bewegungsspielraum für die Zukunft ist inexistent**.

Traurige Bilanz am Vorabend der Gemeinderatswahl

- Ein **Bauskandal** ohnegleichen erschüttert die Stadt.
- **Widmungssünden** der Vergangenheit – Quelle von Zersiedelung – wurden durch den Wahnsinn potenziert, das Gewerbegebiet als Zentrumszone zu widmen, trotz ganz offensichtlicher Nicht-Erfüllung der dafür notwendigen Voraussetzungen. Erreichbar ist dieses Zentrum für die meisten nur mit dem Kfz. In Bezug auf einen Golfplatz wird mit dem

Feuer gespielt. Zu einem klaren „Ja“ für die Erhaltung eines wichtigen und beliebten Naherholungsgebietes konnte sich der Gemeinderat trotz 2700 Unterschriften nicht durchringen. Ein Affront gegenüber diesem deutlichen BürgerInnenwillen.

- **Ausbau der Jugendarbeit** (und zwar nur des „aufsuchenden“ Streetworking) – zumindest außerhalb von Vereinen – wird als last-minute Feuerwehreinsatz auf die Beine gestellt, trotz klarer Evidenz der Notwendigkeit und ebenso klaren Versprechungen vor der letzten Wahl in Richtung eines Jugendzentrums – ohne Konsumzwang – zu gehen.
- Ein **Sozialmarkt** – Forderung, die uns Ethik und Verantwortungsbewusstsein seit Jahren auferlegt – wird ebenfalls als last-minute Aktion präsentiert, natürlich als Erfolg der Fraktion, die dies bisher blockiert hatte. Und dann noch möglichst versteckt untergebracht.
- Wir rasseln in Richtung der **Totalmotorisierung ohne Rücksicht auf Verluste von Lebensqualität**. Dem Moloch Straßenbau wird weiter alles geopfert, was in Klosterneuburg noch an Lebensqualität hat, wie etwa die BewohnerInnen von Kierling und Maria-Gugging. Klosterneuburgs BürgerInnen wurden und werden für dumm verkauft. Der GR fordert im April 2009 mit den Stimmen von VP und SP vom Land NÖ den Bau des Martinstunnels. Im Juni 2009 wurden dann dazu von der Gemeinde die Haushalte, nicht die BürgerInnen befragt, ob sie den Martinstunnel wollen - ja oder nein. Ohne aktuelles Verkehrskonzept und ohne Alternativen aufzuzeigen, eine schändliche Frage. Der Rechnungshof hat diese konzeptlose Klosterneuburger Verkehrspolitik massiv kritisiert. **Die CO₂-Emissionen des Autoverkehrs wachsen derart ungehemmt, dass sie alle anderen CO₂-Einsparungen wettmachen. Klimaerwärmung, Erdölverknappung** werden glatt ignoriert, ebenso, dass Mobilität auch ohne Auto möglich ist. Dabei werden die täglichen Wege in Klosterneuburg nur zu 47% mit dem Auto zurückgelegt (Mobilitätserhebung Herry Consult GmbH 2004) und 11% sind Mitfahrer. Das ergibt einen **Besetzungsgrad von 1,2 Pers/PKW, was leere Autos und volle Straßen zur Folge hat!** 41% der KlosterneuburgerInnen sind nicht mit dem Auto unterwegs. **Was bringt diesen der Martinstunnel?** Für viele aus dieser Gruppe (vorwiegend Alte und Kinder) sind das Rad und die Öffis die einzige Möglichkeit mobil zu sein. **Mit €77 Mio. hat man die Autofahrer in Form der Umfahrung gefördert.** Im Sinne der **Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer** wäre es jetzt wohl an der Zeit nicht noch einmal die Automobilität mit dem Martinstunnel zu fördern, sondern die **zukunftsfähige, Klima-, Umwelt- und Ressourcen-schonende sanfte Mobilität** (Öffis, Fuß- und Radverkehr). Eine seriöse, bürgernahe Verkehrsbefragung hätte die wesentlich kostengünstigere Alternative der Autoverkehrsentlastung Klosterneuburgs durch die sanfte Mobilität beinhalten müssen, denn **das Geld für die Öffis liegt auf und in der Straße eingebaut!**
Dass die Grünen Klosterneuburgs eine derartige Bürgerbefragung mitgetragen haben und in ihrer Zeitung 1/2009 als Meilenstein der Bürgermitbestimmung bejubelten, ist nur mit ihrem Koalitionskorsett mit der VP zu erklären in dem sie seit 2005 stecken.
- Für **sanfte Mobilität** wird kaum etwas gemacht. Wenn man sich den letzten AST-Folder ansieht, in dem **nicht einmal die Routen und Zonen graphisch dargestellt** sind, kommen einem die Tränen. **NeueinsteigerInnen werden so nicht gewonnen.**
- **Innerstädtische Radwege** – in **Kombination mit sicheren Schulwegen** und anderen fußläufigen Verbindungen – **sind Stiefkinder.**
- In Sachen **Geschlechtergerechtigkeit** ist außer salbungsvollen Sprüchen nichts geschehen, trotz klarer Bundesgesetzgebung.
- Für Klimaschutz und eine Ökologisierung der Lebensbedingungen (**ernsthafte Programme zur thermischen Gebäudeisolation**, Ermöglichen von **alternativen Energie-**

versorgungsformen bis hin zur Energieautarkie) ist nichts geschehen bzw. sogar blockiert worden. Ein Blick nach St. Andrä-Wördern (Fernwärme auf biogener Basis für praktisch alle wichtigen öffentlichen Gebäude und Kirchen) sollte Ihnen, meine Damen und Herren, die Augen öffnen, wie rückschrittlich wir uns in diesem Bereich sind.

- Der Glaube an **Einkaufstempel im Gewerbegebiet** unter Vernachlässigung der gewachsenen Zentren ist letal für diese Zentren. Unserer vehementen Forderung nach einem **Stadtmarketingprojekt** mit externen Profis ist nicht nachgekommen worden. Das Projekt „Stadterneuerung“ kann diese Aspekte nur als einen von vielen berücksichtigen.
- Wesentliche **Erkenntnisse des Rechnungshofes werden schlicht nicht zur Kenntnis genommen** bzw. diese sogar öffentlich in den Medien verhöhnt.

Die PUK stimmt diesem Voranschlag aus der Vielzahl der o.a. Gründe nicht zu.

Bernd Schweeger

Anhang: Geschenk STR Mayer. Zeiger sind drehbar ausgeführt.

